

28.11.2016

Mündliche Anfrage

für die 129. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 1. Dezember 2016

Geschäftsbereich des Ministers für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei

87 Abgeordneter
Josef Hovenjürgen CDU

Gesponserte Gespräche mit SPD-Ministern aus Nordrhein-Westfalen

Am 22. November 2016 berichtete das ZDF-Magazin „Frontal 21“ über gesponserte Gespräche und Veranstaltungen mit SPD-Politikern. Demnach konnten Unternehmen oder Lobbygruppen SPD-Politiker für Beträge in Höhe von 3000 bis 7000 Euro für Gespräche „buchen“. Diese Gespräche wurden über die SPD-Agentur Network Media GmbH (NWMD, Tochter des Vorwärts-Verlages) organisiert. Die Agentur hat zwischenzeitlich gegenüber dem ZDF bestätigt, dass es gesponserte Gespräche mit SPD-Politikern gegeben habe.

Wie sich nun herausgestellt hat, wurden nicht nur sogenannte „Vorwärts-Gespräche“ mit SPD-Politikern aus der Bundespolitik vermittelt, sondern auch mit Mitgliedern der NRW-Landesregierung. So mussten Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Verkehrsminister Michael Groschek am 23. November 2016 auf Anfrage des WDR einräumen, dass auch sie in den letzten Jahren an mehreren Gesprächen auf Vermittlung der SPD-Agentur Network Media GmbH teilgenommen hätten.

Datum des Originals: 07.11.2016/Ausgegeben: 07.11.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

So bestätigte NRW-Wirtschaftsminister Duin, dass er in den Jahren 2014 und 2015 an insgesamt zwei „Vorwärts-Gesprächen“ teilgenommen habe. Gegenüber dem WDR erklärte NRW-Verkehrsminister Groschek, dass er im Jahr 2015 zumindest an einem solchen Gespräch teilgenommen habe.

Wie beurteilt die Ministerpräsidentin, dass Mitglieder ihrer Landesregierung an gesponserten Gesprächen auf Einladung einer SPD-Agentur teilgenommen haben, insbesondere vor dem Hintergrund ihrer Äußerungen vom 26. Februar 2010 („Dieser Vorwurf beschädigt das Amt und die Demokratie insgesamt. Denn es reicht ja allein schon der Eindruck, dass Politik in Nordrhein Westfalen käuflich ist.“) zur damaligen Diskussion um „Rent-a-Rüttgers“?